

Die Bauern erwarten vor allem Verlässlichkeit

LEHNDORF

Wirtschaft. Sorgenvoll blicken hiesige Landwirte auf die Agrarpolitik. In der Kritik stehen Bürokratie und Ungleichbehandlung.

■ **Manuela Reuß**

Claudia Lohmann kann den Optimismus von Adalbert Kienle nicht teilen. Der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes sieht die Landwirtschaft im Aufwind, wie lange nicht. Märkte seien offener, zu erzielende Preise und Nachfrage gestiegen, begründet der Landwirtschaftsexperte die gute Stimmung. Die, so argumentiert die Chefin der Landwirtschaftlichen Produktions- und Handels GmbH Bergen, mag durchaus vorhanden sein. „Aber ich kann keine positive Bilanz ziehen. Im Gegenteil, mir wird angst“, sagt Claudia Lohmann. Die Dürre habe voriges Jahr den Raps aufgefressen und trotz intensiver Bemühungen bekam sie bislang keinerlei Beihilfe. Was nützten da Nachfrage und Preisentwicklung: „Wir können nicht verkaufen, was nicht gewachsen ist.“

Nach 2013 wird neu gewürfelt

So wie der Bergenerin geht es den meiste Landwirten des Regionalbauernverbandes Bautzen/Kamenitz, die sich im Lehndorfer Gasthof von Adalbert Kienle über die bisherigen Ergebnisse der Agrarreform informieren lassen. Kein Wunder. Gehören doch große Teile beider Landkreise zu benachteiligten Gebieten. Gebiete für die es Ausgleichszahlungen gibt. Doch die, so Kienle, würden Gegner massiv attackieren. Kritikpunkte seien, dass die Zulage nicht zielgerichtet genug sei und es zu viele Mitnahmeeffekte gebe. „Es gibt starke politische und gesellschaftliche Kräfte,

die bei der Landwirtschaft kräftig sparen wollen.“ Bis 2013 sei der finanzielle Rahmen für den EU-Agrarbereich zwar halbwegs sicher, dennoch müsse man darauf drängen, dass Zusagen auch eingehalten werden. „Landwirte wünschen und brauchen Verlässlichkeit.“ Bestreben des Bauernverbandes sei, „Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, dass dieser Finanzrahmen unberührt bleibt.“ Was nach 2013 wird, so Kienle, wisse keiner.

„Wir können nicht verkaufen, was nicht gewachsen ist.“

Claudia Lohmann, Landwirtin

Da werde neu gewürfelt. „Aber wer glaubt, dass wir dann noch die selbe Finanzmasse zur Verfügung haben, der ist zu optimistisch.“

Die mit der EU-Agrarreform einhergehende verstärkte Marktorientierung und damit die Chance zu

Gemeinsame Agrarpolitik

■ **Am 26. Juni 2003** haben sich die EU-Agrarminister in Luxemburg auf eine Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) geeinigt und damit Kernelemente für den Zeitraum 2007 - 2013 festgelegt. Die Beschlüsse waren in wesentlichen Teilen bereits ab 2005 umzusetzen.

■ **Die Reform** ist verbraucher- und steuereffizient, lässt EU-Landwirten jedoch gleichzeitig die Freiheit, das zu produzieren, was der Markt verlangt.

■ **Eines der Kernelemente** der Reformbeschlüsse ist die Entkopplung der bisherigen produkt- und tierbezogenen Direktzahlungen. Diese Direktzahlungen sind an die Einhaltung von Vorgaben in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie an die Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gebunden.

produzieren, was sich rechnet, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings werde unternehmerische Freiheit durch ein Unmaß an Bürokratie beschnitten. Der Bauernverband habe deshalb in einem Schwarzbuch 148 Vorschläge zum Bürokratieabbau aufgelistet und jüngst der Kanzlerin übergeben.

Erneut Kappung im Gespräch

Doch die Landwirte bewegt auch ein anderes Thema: die erneute Diskussion über eine mögliche Kürzung der Direktzahlungen. Im Gespräch ist dabei die Kappung ab einer bestimmten Flächengröße. Gerade in Ostdeutschland würde diese krasse Ungleichbehandlung vor allem Mehrfamilienbetriebe treffen und zerstören, sagte Regionalbauernverbandschef Christian Schulze. In einem Brief bitten die Kamenzer und Bautzener den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner dieser „destruktiven Brüsseler Politik kompromisslos die Stirn zu bieten“. Sonst, so Rainer Günther, Vorsitzender der Agrarproduktion GmbH „Am Eichberg“ Steinitz, „findet flächendeckende Landwirtschaft in Ostsachsen nicht mehr statt“.

Kritik an Dürrehilfe-Praxis

Auch der Chef der Agrar GmbH Elsteraue in Skaska, Gunter Olak, dringt darauf, Partei zu beziehen, denn bei der letzten Kappungsgrenzendiskussion hätten die Landwirte die Zeche bezahlt. „Wir brauchen Klartext.“ Es gehe auch nicht an, dass Dürrehilfe unterschiedlich erfolge. In Brandenburg hätten Betroffene längst ihr Geld in der Hand. Dies liege daran, dass 2006 kein Dürrejahr sei, erklärte Eckehart Knoenagel, Leiter des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft Niesky-Kamenitz. 2003 habe es Dürrehilfe gegeben, weil bundesweit viele Bauern betroffen waren. Für letzten Sommer hingegen werde nur Notstandsbeihilfe gewährt, die jedoch nicht bundeseinheitlich geregelt sei.